

Acht Millionen „ausschaffen“?

☒ Von der EU gibt es selten Positives zu berichten. Wenn sich allerdings der Trend zu konservativen Wahlsiegen in den Mitgliedsstaaten fortsetzt, könnte über gemeinschaftlichen Druck nationaler Regierungen doch die ein oder andere Entscheidung auf EU-Ebene durchgedrückt werden, an die deutsche Konservative nicht im Traum zu denken wagen.

Nach dem Wahlsieg von Silvio Berlusconi in Italien gibt es jetzt eine Initiative zur Ausweisung illegaler Einwanderer aus der EU. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy schließt sich der Forderung an und kündigt an, die bevorstehende EU-Präsidentschaft Frankreichs in diesem Sinne intensiv zu nutzen. Das [berichtet die spanische Zeitung El Pais](#).

Der Zeitung zufolge nimmt Europa zur Zeit jährlich etwa zwei Millionen Zuwanderer auf, und liegt damit weltweit vor allen vergleichbaren Regionen einschließlich klassischer Zuwanderungsländer wie den USA. Schätzungsweise eine halbe bis eine Million davon sind illegale Zuwanderer. Viele davon kommen ohne Pass, um die Feststellung ihrer Identität, und damit die eigentlich gesetzlich notwendige Abschiebung zu erschweren, und bleiben dann jahrelang, oft für immer, als geduldete Zuwanderer hier. Die Heimatländer, die auf diese Weise einen Teil ihrer Überbevölkerung abbauen, zeigen sich meist wenig kooperativ bei der Feststellung von Personalien und verweigern die Aufnahme der Auswanderer.

Hier setzt die neue EU-Initiative zum einen an: Es soll politischer und notfalls auch ökonomischer Druck auf die Herkunftsländer ausgeübt werden, zu kooperieren und ihre illegal in Europa eingereisten Bürger zurück zu nehmen. Zum anderen soll das Leben der illegalen Einwanderer in Europa weniger attraktiv gestaltet werden. Berlusconi schlägt bereits vor, Illegale in Lagern zu sammeln, bis ihre Identität geklärt ist, um sie auf diese Weise besser, möglichst binnen sechs

Monaten, abschieben zu können und gleichzeitig vor einem Abgleiten in die Kriminalität zu bewahren. Von einer EU-weiten Abschiebung aller illegalen Einwanderer wären schätzungsweise acht Millionen Menschen betroffen. ([Quelle: El Pais](#))

Selbst wenn der Plan auf EU-Ebene durchgesetzt würde, wäre den Problemen vieler Länder, insbesondere Deutschlands, damit noch nicht abgeholfen. Die gefährlichsten Feinde unserer Freiheit, die muslimischen Eiferer und Wegbereiter der Islamisierung Europas, leben in der Mehrzahl nicht als illegale Hungerleider aus Afrika, sondern ganz legal als Einwanderer, nicht selten mit Pässen ihrer Gastländer, in Europa.

(Spürnase: [No-Go-Area](#))

Mit Muslimen zu neuer deutscher Identität?



Integration kann erst gelingen, wenn die Deutschen sich mit Hilfe der Muslime eine neue Nationalität aufbauen. [Das meint](#) jedenfalls der Regensburger Islamexperte pensionierte Professor für Nachrichtentechnik, Prof. Horst Schymura, in seinem neuen Buch, das „im Dialog entstanden“ ist. Ob Zwangsheiraten, Ehrenmorde und vielleicht sogar Steinigungen zum neuen deutschen Kulturgut gehören werden,

wissen wir leider nicht.

(Spürnase: Neumann)

„Lämmchenpreise saubillig?“ statt



Immer mehr Firmen wenden sich an die zu integrierenden Migranten nicht mehr in deutsch, sondern in deren Muttersprache. Und nicht nur die Sprache wird berücksichtigt, sondern auch andere kulturelle Eigenheiten. Das Schwein beispielsweise gilt bei den Moslems als unrein, „zudem gibt es im Türkischen keine Übersetzung für 'saubillig', am nächsten käme noch ‚Billig wie ein Schwein‘.“

Auch ist es für einen in Deutschland lebenden Nicht-Christen natürlich unzumutbar, wenn ihm eine deutsche Firma „Frohe Weihnachten“ wünscht.

Da geht es in der Hauptsache darum, die richtigen Worte zu treffen und religiöse, familiäre und moralische Werte zu berücksichtigen. Die fröhlichen Weihnachtsgrüße werden gegebenenfalls zu Feiertagswünschen, das Schwein am Teller weicht anderem Getier und die sexy junge Dame tritt etwas züchtiger auf.

„Ethno-Marketing“ hat natürlich nicht etwa Abrenzung zur Folge, falls das jemand denken sollte. Vielmehr dient das Ganze dem Brückenbau zwischen den Kulturen.

Der im rheinischen Langenfeld geborene Sohn türkischer Einwanderer (Anm.: Bülent Bora, Geschäftsführer der KOM Media und Marketing GmbH) sieht nicht die Gefahr, dass durch Werbung und Beratung in türkischer Sprache eine wirtschaftliche Parallelgesellschaft in Deutschland entstehen könnte. „Durch türkischsprachige Verkäufer in deutschen Autohäusern können beide Gruppen Vorbehalte gegen übereinander abbauen. Sie werden zur Brücke. Es kann keine bessere Integration geben“, sagt Bora.

Na dann, lasst uns integrieren!

(Spürnase: Kybeline)

Die Feinde der Freiheit



Wir leben in einer freien Gesellschaft! Tun wir das wirklich? Sind wir nicht in Wirklichkeit eingengt von der political correctness und einer fortschreitenden Sozialisierung der Wirtschaft und des Gedankenguts. Wie wichtig ist uns unsere Freiheit?

Sehr wichtig werden Sie jetzt denken. Trotzdem winken unsere Volksvertreter das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ohne

Probleme durch. Dass Sie diese Seite nun ansehen, wird protokolliert. Wie weit sind wir davon entfernt, dass es illegal sein wird, bestimmte Seiten zu besuchen, weil sie nicht der politisch korrekten Meinung der Mehrheit bzw. der Regierung entsprechen? Wie weit sind wir davon entfernt, das China-Modell zu übernehmen?

Künftig könnte auch in Deutschland ein Polizist in Internetcafés patrouillieren, um die politische Korrektheit der angeklickten Seiten zu überprüfen und bei Verstoß sofort Gegenmaßnahmen (z.B. Verhaftung des Übeltäters) zu ergreifen. Die Antwort: So weit sind wir gar nicht vom Weg der Knechtschaft, den [Friedrich August von Hayek](#) beschrieb, entfernt.

Doch wie hat uns die Politik so weit gedrängt? Sie hat sich eines uralten, aber trotzdem wirksamen Mittels bedient: Der höhere Zweck. Sobald es um einen höheren Zweck geht, sind die Menschen bereit, die größten Einschnitte hinzunehmen. Sobald man etwas Anti-liberales und Unangenehmes einführen will, braucht man nur den richtigen Grund:

- Totale Überwachung: Abwehr des Terrorismus
- Hohe Steuern: Wohlfahrtsstaat, der allen Bürgern ein Leben in Reichtum ermöglicht
- Zunehmende Gleichmacherei: Soziale Gerechtigkeit
- Wegsehen bei Migrantengewalt: Störung der (nicht stattfindenden) Integration vermeiden

Diese Liste erhebt natürlich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und ich bin sogar überzeugt davon, dass man dort noch viele Beispiele ergänzen könnte. Wir rasen mit einer hohen Geschwindigkeit auf eine kontrollierte Gesellschaft zu, doch wo ist die Abfahrt von dieser Autobahn des Sozialismus?

Es ist die Vernunft, die leider bei so vielen Menschen anscheinend verloren gegangen ist. Es ist der Drang nach Freiheit und Individualismus, die uns vor einer

sozialistischen Gesellschaft bewahren können.

„Die Mehrheit? Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen.“ – Friedrich Schiller

(Gastbeitrag eines [Freundes der Freiheit](#))



Hurra, die Schule pennt!

☒ Sitzenbleiben gibt's nicht mehr! Qualitätspädagogen haben herausgefunden, dass man das leidige Problem der Sitzenbleiber [ganz einfach beseitigen](#) kann, indem man das zu erreichende Klassenziel soweit absenkt, dass es auch der letzte Depp erreicht. Sollte einer auch dafür zu doof sein, gibt es einen Extrabonus für Schönschreiben in der Oberstufe. Oder demnächst vielleicht auch: Aufstehen gegen Rechts statt sitzenbleiben. Leidtragende sind muslimische Migranten. Wie sollen sie ihren Mitschülern die Überlegenheit des Islam zeigen, wenn sie nicht mehr drei Jahre älter sind als ihre Klassenkameraden? Aber auch die Grünen sind betroffen: Wie soll man in Zukunft den Parteivorstand besetzen, wenn es keine Sitzenbleiber mehr gibt?

(Spürnasen: Gegen-Islamisierung, Matthias, Christian W. Moderater Taliban)

Kritische Islamkonferenz vom 31.5.-1.6. in Köln



Nachdem man sich im letzten Jahr zu einer Schäuble'schen [deutschen Islamkonferenz](#) unter dem inoffiziellen Motto: „Wir geben, ihr fordert!“ versammelt hat, wird bald eine kritische Gegen-Islamkonferenz in Köln stattfinden. Einen eindrücklichen [Vorgeschmack](#) darauf, hat uns Ralf Giordano im letzten Dezember schon geliefert. Wir dürfen gespannt sein.

[Die kritische Islamkonferenz](#) will „Aufklären statt verschleiern“, den Islam als die politische Herausforderung ernst nehmen, die er darstellt und verhindern, dass der Dialog mit dem Islam zum Islamisierungsbeschleuniger wird:

Am 27. September 2006 lud Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zur ersten Runde der „Deutschen Islamkonferenz“ ein. Er wollte damit „das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen auf eine tragfähige Grundlage stellen“, in der Hoffnung, dass dies auch zu einer besseren gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern aus sog. „muslimischen Herkunftsländern“ führen würde.

Zwei Jahre später ist nicht zu erkennen, dass die Islamkonferenz in irgendeiner Weise zur Erreichung dieses

Zieles beigetragen hat. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass der deutsche Staat Islamisten in die Hände spielt und die Integration von Zuwanderern zusätzlich erschwert. Das wohl sichtbarste Ergebnis der Konferenz ist, dass es den konservativen Islamverbänden heute noch leichter fällt zu behaupten, im Namen aller in Deutschland lebenden Muslime zu sprechen, wenn sie die Werte des Korans über die Werte der demokratischen Grundordnung stellen. Ist Schäubles Islamkonferenz also wider Willen zu einer „Islamisierungskonferenz“ geworden?

Vor diesem innenpolitischen Hintergrund und in Anbetracht der zahlreichen islambezogenen Konfliktherde und Kontroversen stellen sich folgende Fragen: In welchem Zusammenhang stehen die muslimischen Glaubensgrundlagen und der Islamismus? Sind die Grundnormen des Islam und die Menschenrechte vereinbar? Ist eine Gleichberechtigung von Mann und Frau im Islam überhaupt denkbar? Warum werden MigrantInnen verstärkt wahrgenommen als „Muslime“, die sich abschotten, statt als Menschen, die aktiv an dieser Gesellschaft teilhaben möchten? Was müsste für eine bessere Integration von Zuwanderern getan werden? Fragen wie diese stehen auf der Tagesordnung der ersten „Kritischen Islamkonferenz“. Wir laden alle Interessierten ein, mit uns über diese brisanten Themen zu diskutieren.

» Das Programm der kritischen Islamkonferenz finden Sie [hier](#).

Für die Veranstaltungen am Samstag und Sonntag in der Universität Köln fällt bei Zahlung vor Ort ein Beitrag von 35 Euro an. Sofern Sie sich bis zum 27.5.08 anmelden und den Betrag überweisen, reduziert sich dieser Betrag auf 25 Euro.

» Anmelden können Sie sich [hier](#).

» [Flyer](#) zum Download.

Israeltag: Veranstaltungen am 8. Mai

☒ Inzwischen gibt es nähere Informationen zu den zahlreichen Veranstaltungen zum **Israeltag am kommenden Donnerstag, 8. Mai**, in ganz Deutschland. Auskunft über Orte und Zeiten finden sie auf der [Internetseite des Veranstalters „I like Israel“](#). Die Seite ist jetzt auch mit dem entsprechenden Werbebanner in der linken Spalte bei PI verlinkt. Zeit, sich mit Gleichgesinnten zu einem informativen und unterhaltsamen Nachmittag bei strahlendem Sonnenschein zu verabreden!



Linke Gewalt steht nicht zur Debatte

☒

Es hat etwas Gutes, dass der rote Mob sich am 1. Mai von seiner schlimmsten Seite gezeigt hat und uns daran erinnert, was droht, wenn man linksextremistischen Tendenzen nicht entgegenwirkt. Könnte man sagen. Man könnte aber auch links und rechts vertauschen. Dann wird daraus

Qualitätsjournalismus.

Bei [KA-News aus Karlsruhe](#) verblüfft Denis Elbl mit einer verblüffenden Logik: Über linksextreme Gewalt muss man nicht diskutieren, weil darüber nicht diskutiert werden muss:

Und wieder Gewalt zum 1. Mai. Die traditionellen „Maifestspiele“ in Berlin fielen in diesem Jahr zwar wie schon in den letzten Jahren vergleichsweise ruhig aus, dafür lieferten sich Rechte und Linke in Hamburg heftige Straßenschlachten. Die dortige Polizei glaubt gar: Ohne ihr Einschreiten hätte es Tote gegeben. Bemerkenswert: Anders als sonst habe es bei den Rechten „kein legalistisches Verhalten“ gegeben, die NPD-Anhänger hätten Anweisungen der Polizei nicht befolgt. Spätestens seit diesen Krawallen sollte jedem in der Fächerstadt klar sein, wogegen Oberbürgermeister Heinz Fenrich und andere kämpfen.

Fraglos: Auch die Links-Autonomen, mit denen sich die Rechten in Hamburg am 1. Mai wüste Schlachten geliefert haben, sind keine Kinder von Traurigkeit. Aber es sind nun einmal nicht die Umtriebe linksextremistischer Kreise, über die in Karlsruhe derzeit diskutiert werden muss, sondern bekanntlich die Bemühungen um ein NPD-Zentrum.

Da ist es keinesfalls das „reflexartige Geheul linker Gutmenschen“, wenn sich alle demokratischen Kräfte dagegen zur Wehr setzen, dass eine Partei, die Menschen um sich schart, die ganz offensichtlich vor brutaler Gewalt nicht zurückschrecken, mittels eines „Nationalen Zentrums“ in Karlsruhe Fuß zu fassen versucht (wobei am Rande die Frage erlaubt sein muss, wohin es eine Gesellschaft gebracht hat, die den Begriff „Gutmensch“ als Schimpfwort betrachtet).

Die rechte Szene ist heute vielschichtiger organisiert denn je. Ob ihrer Uniformierung leicht zu identifizierende Nazi-Glatzen gibt es immer weniger. Insofern hat es sogar etwas Gutes, dass der braune Mob sich am 1. Mai von einer seiner

schlimmsten Seiten gezeigt hat und uns daran erinnert, was droht, wenn man rechtsextremistischen Tendenzen nicht entgegenwirkt. Und gut, dass die gesellschaftlich relevanten Kräfte in Karlsruhe dies offenbar auch verstanden haben.

Solange man sich angesichts der [von Linksextremisten angerichteten Schäden](#) nicht zur Wehr setzt, dass Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Journalisten Menschen um sich scharen, die ganz offensichtlich vor brutaler Gewalt nicht zurückschrecken, ist es kein Wunder, dass die übrige Gesellschaft den Begriff „Gutmensch“ als Schimpfwort betrachtet. Schlimmer als das ist: Es zerstört die Bereitschaft der Bürger, die freie Gesellschaft gegen ihre Feinde von rechts und links zu verteidigen, wenn man mit gutmenschlicher Einäugigkeit die Verbrechen der einen Seite verharmlost, weil man sie mit klammheimlicher Freude als verbündete große Brüder im Kampf gegen die andere Seite betrachtet.

(Spürnase: Jürgen)



Einseitiger ARD-Beitrag zum Bolivien-Referendum



In den gestrigen Tagesthemen wurde über das Autonomie-Referendum in Bolivien berichtet und – wie üblich – ziemlich einseitig Propaganda für die regierenden nationalen Sozialisten von Präsident Evo Morales (Foto) gemacht. Der [verlinkte Text](#) gibt die Werbung für Sozialismus und Volkseinheit nur in Ansätzen wieder, der [TV-Beitrag von Thomas Aders](#) umso mehr.

PI-Leser Christian schreibt uns zur Sendung:

Die östliche Provinz von Bolivien will sich vom Rest des Landes trennen, um dem Sozialismus zu entgehen. Die ARD berichtete allerdings minutenlang über weiße Kolonialisten und wirtschaftlichen Erfolg, der der armen indigenen Bevölkerung durch diese Abspaltung vorenthalten werden sollte.

Dass es Menschen gibt, denen ihre Freiheit etwas wert ist und die einsehen, dass der Sozialismus sowohl Freiheit als auch Wirtschaft abtötet, kommt der ARD gar nicht in den Sinn.

Der Staat schränkt die Freiheit seiner Bewohner also immer mehr ein, so dass die Bürger in dem östlichen Gebiet sich mit einem Referendum schützen wollen.

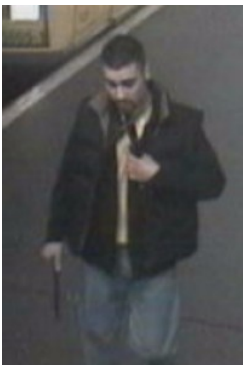
Dies sei in der Verfassung allerdings nicht vorgesehen – klugscheißen die Tagesthemen. Zur Erinnerung: Im Kosovo war die Abspaltung nach der Verfassung auch nicht vorgesehen. Trotzdem jubelten sich die MSM damals ins Fäustchen.

In den Tagesthemen wurde die Abspaltung in Bolivien mit einer fiktiven Abspaltung Bayerns vom deutschen Rest verglichen. Gott sei Dank ist es in Deutschland noch nicht so schlimm,

das der Vergleich gerechtfertigt wäre. Die Einschränkung der persönlichen Freiheit hält sich hier noch vergleichsweise in Grenzen.

Die Hetze gegen die „reichen weißen Kolonialisten“ muss man gehört haben, um es glauben zu können. Ich bin seit heute der Meinung, dass sich Verantwortliche (für die Berichterstattung der ARD) die Einführung eines vollständigen Sozialismus in Deutschland und die Beraubung der „reichen Weißen“ wünschen.

Fritz Hausjell, übernehmen Sie!



Zu Anfang war die [Meldung der Berliner Polizei](#) noch politisch korrekt: „Mit Bildern aus einer Überwachungskamera sucht die Polizei nach zwei Männern, die, wie berichtet, am Freitag, den 22. Februar 2008 auf dem U-Bahnhof Blissestraße einen 48-Jährigen angegriffen und durch Messerstiche schwer verletzt haben.“ Aber dann wurde es zu einem [Fall für Professor Hausjell](#).

*Bei den beiden etwa 25 Jahre alten Tätern **handelt es sich vermutlich um Türken oder Araber**. Einer ist etwa 1 Meter 85 groß und schlank und hatte kurzes schwarzes Haar. Er trug eine dunkle Jacke und eine blaue Jeans.*

Sein Komplize ist etwa 1 Meter 60 groß und dick. Er hatte dunkles, kurzes, gelocktes Haar und war mit einer schwarzen Jacke, einer schwarzen Hose und einem schwarzen Pulli mit hellen Querstreifen bekleidet. Außerdem trug er eine dicke Halskette mit Anhänger.

Und dazu auch noch Fotos der Überwachungskamera! Wir sind ein Stück weit empört. Denn natürlich dient die Angabe "Türken oder Araber" einzig dazu, alle Türken und Araber unter Generalverdacht zu stellen und Vorurteile zu schüren. Und am Ende kriegt man dann vielleicht sogar noch die Täter! Solche Angaben gehören wirklich verboten!

(Spürnase: Bio Alfolek)

Großbritannien: Schulen werden zu Parallelwelten



In Großbritannien gibt es bereits über 30 staatliche Schulen, die nur von „nicht-weißen“ Kindern aus sogenannten „ethnischen Minderheiten“ besucht werden. Dadurch kommt es auf der Insel immer mehr zu einem Zwei-Welten-Schulsystem: Auf der einen Seite Schulen für europäische Kinder, auf der anderen Seite abgeschottete Multikulti-Schulen.

Der *Telegraph* [berichtet](#) über die demographische Entwicklung an

den britischen Schulen und das florierende Wachstum von Parallelgesellschaften. In Großbritannien gibt es sogar acht staatlich finanzierte Schulen nur für Muslime und zwei nur für [Sikhs](#).

Großbritannien schlafwandelt mitten in die Parallelwelten-Katastrophe. Die britischen Eltern weichen aus, indem sie ihre Kinder auf teure Privatschulen schicken, wenn sie können. In einem Londoner Stadtteil haben 17 Schulen schon 90 Prozent Schüleranteil aus Bangladesch. Das Problem an solchen Schulen ist, dass die Schüler so auch nicht integriert werden, sondern im Gegenteil in diesem System gar nicht lernen, mit einer europäischen Außenwelt umzugehen.

(Spürnase: Juris P.)